

Masterplan EUrope NEWnited

Entwurf einer Partnerschaftlichen Gesellschaft, Markt- und Solidaritätswirtschaft als Realutopie zur Überwindung der Vorherrschaft von Finanzoligarchie und Großkonzernen und Inspiration für eine gemeinsame politische Willensbildung.



Realverfassungsanalyse

“Die Politik hat ihr Primat dann eingebüßt, wenn sie sich nicht daran erinnert, dass sie sich des eigenen Primats wieder mächtig machen kann.“
Jean Claude Juncker

Nachdem es 1945 in einer großen gemeinsamen Anstrengung gelungen war, den Herrschaftswahn des Nationalsozialismus zu überwinden, versuchten alle Alliierten einen Weg zu finden, um das Wohl der Menschen in ihren politischen Systemen optimal zu verwirklichen. Stalin und seine Epigonen versuchten dieses Ziel mit Hilfe einer staatsigentumsbasierten fremdbestimmten Planwirtschaft zu erreichen.

Die westlichen Länder schrieben im Gegensatz dazu Freiheit ganz oben auf ihre Fahnen. Sozialdemokraten und christlich soziale Politiker_innen versuchten mit Hilfe einer privatkapitalbasierten selbstbestimmten Marktwirtschaft einen breiten Wohlstand zu verwirklichen. In der Europäischen Union errichteten die Vertreter_innen der Bürger_innen_interessen und die Vertreter_innen der Kapital-Interessen die auf den Werten der französischen Revolution „Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit“ basierende „Soziale Marktwirtschaft“. In die Unions-Verträge fand aber nur der Begriff „Freiheit“ Eingang (Artikel 26, Binnenmarkt, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Das Aussparen der anderen beiden Grundwerte sollte sich noch bitter rächen. Fürs erste entwickelte sich dieser „positive Klassenkompromiss“ (Erik Olin Wright, „Class Struggle and Class Compromise“, Nicos Poulantzas Institute, Athens) aber zu einem beeindruckenden Erfolgsmodell für alle Beteiligten.

Getragen wurde der Erfolg des „positiven Klassenkompromisses Soziale Marktwirtschaft“ nach Erik Olin Wright von 3 Säulen.

1. Diverse Formen öffentlich unterstützter Absicherungen gegenüber verschiedenen Risiken, speziell im Bereich Gesundheit, Beschäftigung und Einkommen.
2. Ein Steuersystem, das ausreicht, um eine großzügige staatliche Finanzierung von öffentlichen Gütern zu gewährleisten, insbesondere von Grund- und Hochschulbildung, Berufsausbildung, öffentlicher Verkehr, kulturelle Aktivitäten, Freizeiteinrichtungen, Forschung und Entwicklung, makroökonomische Stabilität etc
3. Ein Regulierungsrahmen für die kapitalistische Wirtschaft, der negative externe Effekten der kapitalistischen Märkte wie Pollution, Produkt- und Arbeitsplatz-Risiken, ausbeuterisches Marktverhalten etc verhindert.

Leider verleitete der Zusammenbruch des Ostblocksystems die Vertreter_innen der Kapitalismusinteressen, die tragenden Säulen des „positiven Klassenkompromisses Soziale Marktwirtschaft“ als nicht mehr erforderlich zu betrachten und diesen aufzukündigen. Sie erklärten den unbeschränkten Freien Markt zur obersten politischen Instanz und etablierten mit der Deregulierung aller Märkte das Primat der Finanzmarktligarchie und Großkonzerne über die Politik. Als Folge der daraus resultierenden Rücksichtslosigkeit und Freiheit der Stärkeren und der eskalierenden Ungleichheit und UNFreiheit der großen Mehrheit befinden wir uns heute in einem - für alle Beteiligten und Betroffenen höchst unbefriedigenden - „negativen Klassenkompromiss“, in dem aus Partner_innen Gegner_innen geworden sind.

Erneuerungsstrategie

Um unsere gesellschaftlichen Energien nicht in diesem „negativen Klassenkompromiss“ aufzureiben, gilt es deshalb Bedingungen herzustellen, die wieder einen „positiven Klassenkompromiss“ ermöglichen. Das wird nur dann möglich sein, wenn in der Finanzmarktligarchie und bei den Großkonzerne eine Mehrheit davon überzeugt ist, dass auch für sie ein „positiver Klassenkompromiss“ die vorteilhafteste Option ist. So wie das vor dem Zusammenbruch des Ostblocks der Fall war und es Henry Ford sogar ohne jeden Druck von außen erkannt hatte. Durch die im Zuge der Marktregulierung erfolgte Selbstentmachtung der

Politik ist das, was Erik Olin Wright die „popular power“ nennt, so schwach, dass dazu wenig Hoffnung besteht. Die bestehenden Machtverhältnisse ändern, ist in Anbetracht der finanziellen und strukturellen Überlegenheit von Goldman Sachs & Co unmöglich. Was wir dagegen als die Souveräne der Völker der Europäischen Union ganz leicht, demokratisch und friedlich ändern können, sind die Rechtsverhältnisse.

Der Umstand, dass die im Artikel 26, Binnenmarkt, verankerten MarktUNfreiheiten als allen andern Vertragsinhalten vorrangiges Prinzip gehandhabt werden, eröffnen die Möglichkeit, durch die Änderung des Artikels 26 **das falsche Prinzip durch das richtige zu ersetzen**. Dazu brauchen wir nichts anders zu tun, als den amputierten Europäischen Grundwertkanon wieder zu vervollständigen und so zu verrechtlichen, dass er als Maßstab aller zukünftigen supranationalen, nationalen und subnationalen Rechtsetzungen und Praktiken durchsetzbar ist. Indem wir Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit gendgerecht so verdichten, dass sie sich als universeller Orientierungsmaßstab eignen: Zu „Partnerschaftlichkeit“ als „Begegnung FREIER Menschen auf GLEICHER Augenhöhe und wechselseitiger GESCHWISTERLICHER Förderung.“ Das „Grundnahrungsmittel“ eines positiven Klassenkompromisses.

Dadurch ersetzen wir das neoliberale „Wie hole ich für mich/uns das Beste heraus?“ durch ein emanzipatorisches Partnerschaftlichkeitsprinzip: **„Wie handle ich/wir so, dass alle Beteiligten und Betroffenen - ich und die Natur eingeschlossen - mit Prozess und Ergebnis so gut wie möglich leben können?“** Das Partnerschaftlichkeitsprinzip bringt die Macht auf friedliche Weise und mit legalen Mitteln wieder dorthin, wo sie in einer Demokratie hingehört: zu den Menschen.

Die einklagbare Verrechtlichung einer solidarischen „Partnerschaftlichkeit“ als oberstes Handlungsprinzip der Europäischen Union ist zugegebenermaßen der Versuch einer juristischen Revolution. Ohne eine solche wird es aber nicht möglich sein, die Deregulierungs-Revolution der Mächtigen auf friedliche Weise rückgängig zu machen und das Primat der Politik wieder herzustellen. Erst dadurch wird partnerschaftliches Handeln endlich von einer freiwilligen Haltung kooperationswilliger Menschen zu einem durchsetzungsfähigen gesellschaftlichen Anrecht.

Dieser gesellschaftspolitische Akt wird das Denken und Handeln der Menschen verändern und - über alle parteipolitischen Grenzen hinweg - die Türen zu einem sozialen, demokratischen und ökologischen Europa öffnen. Wenn Menschen oder Parteien die Verrechtlichung einer selbstverständlichen Haltung wie „Partnerschaftlichkeit“ als oberstes Unions-Prinzip ablehnen, bleibt nur ein Schluss: sie wollen weiterhin rücksichtslos handeln und behandelt werden und ziehen blutige Strassenschlachten einem gemeinsam verwirklichten Wandel vor.

Verwirklichung

In Anbetracht der gigantischen Überlegenheit der Finanzoligarchie und Großkonzerne braucht es dazu eine hartnäckige gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Kräfte. Stattfinden kann das in 3 konsequent ausgeführten und entschlossen in Angriff genommenen Schritten.

- Schritt 1: Aufbau einer transnationalen, partei- und organisationsübergreifenden, **Partnerschaftlichkeits Allianz** mit Hilfe eines politischen Social Media Tools als Vertragsänderungs-Wahlgemeinschaft. Ein **gemeinsames emanzipatorisches Vorhaben**, das partnerschaftlich denkende Bürger_innen, Politiker_innen, Gewerkschafter_innen, NGO-Mitglieder_innen, Unternehmer_innen und Geldgeber_innen ver-bindet.
- Schritt 2: Durchsetzung einer **primärrechtlichen EU-Vertragsänderung** durch **Zusammenarbeit mit jenen wahlwerbenden Kandidat_innen**, die als Abgeordnete mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Verrechtlichung von „Partnerschaftlichkeit“ als oberstes EU Prinzip vorantreiben werden. Erstmals bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014, in weiterer Folge bei allen nationalen und supranationalen Wahlen.
- Schritt 3: **Eigeninitiative schrittweise Verwirklichung einer Partnerschaftlichen Gesellschaft, Markt- und Solidaritätswirtschaft** durch EUrope NEWnited Bürger_innen, Politiker_innen, Unternehmer_innen, Wissenschaftler_innen und solidarökonomischen und anderen Initiativen **in bestehenden sozialen Systemen**. Unterstützt wird dieser Prozess in allen Systemen von Partnerschaftlichkeits-Mediator_innen, -Berater_innen, -Gruppen, -Foren, -Versammlungen, Naturanwält_innen und einer Partnerschaftlichkeits-Judikatur.

Wollen Sie/Du bei diesem Aufbruch in ein anderes E.-)ropa dabei sein?

Visit www.europenewnited.eu or <mailto:service@eunew.eu>